

Quelle: Die Zeit

© Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG

POLITIK

Eine »gute« Gehirnwäsche

Fürsorge für Dschihadisten

* Josef Joffe *

Wo waren die Saudis, als wir sie brauchten: als die USA den Türken Murat Kurnaz loswerden, ihn aber weder das eigene Land (Türkei) noch das alte Gastland (Deutschland) haben wollten, weil der Mann aus Guantánamo als Sicherheitsrisiko erschien. Hätten aber die Saudis geholfen, wäre uns eine gesamt-, wiewohl schleichende Regierungskrise erspart geblieben.

Denn die Saudis haben ein Programm entworfen, das von vorbildlicher Fürsorge für ihre eigenen sowie für Ex-Guantánamo-Häftlinge zeugt. Die Financial Times berichtet von einem Abu Suleiman (Name geändert), 33, der einst in »Gitmo« einsaß und nun für eine Equity-Firma in Riad Forschung betreibt. Er ist Vorzeigemann eines Rehabilitationsprojektes, das schon

700 Kollegen »graduiert« hat.

Nachdem er aus dem saudischen Knast entlassen wurde (wo auch mal gefoltert wird), erhielt er 18000 Dollar und ein Auto zum Hochzeitstag. Aber nicht gratis, musste er sich doch zuvor einer »Deprogrammierung« unterwerfen, die von 30 Psychologen und 100 staatlichen Geistlichen organisiert wird. Derweil erhalten die Familien 1500 Dollar Unterstützung, damit sie nicht in die finanziellen Fänge der al-Qaida geraten.

Werden sie auch »entschihadisiert«? Nicht ganz. Bekanntlich findet das saudische Regime den »Heiligen Krieg« nicht durchgehend verwerflich, wurden doch die Väter der Suleimans für den Krieg gegen die Sowjets in Afghanistan ausgebildet. Also

müssen die Klerikal-Therapeuten eine »gute Version« des Islams in die Köpfe programmieren. Das ist ganz einfach. Die staatstreuen Geistlichen lehren die Suleimans, dass der »gute« Heilige Krieg die Erlaubnis des Herrschers, des Vaters und der Glaubenshüter erfordert. Und kein Dschihad gegen Verbündete.

Wäre Kurnaz in diese erzieherische Obhut gekommen, hätte er jetzt Auto, Job und Frau, wäre er ein braver, aber immer noch kampfbereiter Bürger des Königreiches. Mithin hätten die Saudis die Steinmeier-Krise verhindern können. Dieser unfreundliche Akt gehört vor den Untersuchungsausschuss.